

EU und Tierschutz:

Gründe aus dieser Warte für den EU-Austritt Österreichs nach dem erfolgreichen Volksbegehren (VB) vom Juli 2015 mit 261.056 behördlich bestätigten Unterschriften

*von Tierarzt Dr. Franz-Joseph Plank, Obmann von ANIMAL SPIRIT,
zur Sitzung des Verfassungsausschusses zum VB am 26.1.2016*

Sogenannter „Tierschutz“ in der EU:

Seit 30 Jahren werden auf EU-Ebene Bestimmungen erlassen, die unter dem Begriff „Tierschutz“ eingeordnet werden. So z.B. auch im Lissabonner Vertrag, wo sich sowohl die Union als auch die Mitgliedstaaten - auf dem Papier - zum Prinzip verpflichten, daß "*dem Wohlergehen der Tiere als fühlende Wesen*" Rechnung getragen wird (Art. 13 AEUV). Diese Regelungen dienten bislang jedoch v.a. dem einen Zweck, in ganz Europa möglichst gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen und den freien Handel mit Tieren und tierischen Produkten sicherzustellen. Denn die EU ist in ihrer Struktur eine reine Wirtschaftsorganisation. Deshalb beziehen sich die meisten „Tierschutz“-Regelungen auch auf die landwirtschaftliche Tierhaltung oder Tiertransporte: Lebende Tiere werden so wie Kartoffeln als „Agrarprodukte“ definiert. Die EU-Richtlinien schreiben lediglich Mindestanforderungen vor, dabei geht es aber in erster Linie nicht um die Tiere, sondern v.a. darum, wie man den Züchtern und Händlern das Geschäft mit Tieren vereinfachen kann. Um „Tierschutz“ geht es lediglich insofern, als man - zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU - erreichen will, daß durch noch mehr Tierausbeutung in einem Mitgliedsland noch billiger produziert werden kann. Von wirklich tiergerechten Bedingungen sind diese Richtlinien jedoch meilenweit entfernt.

Nach wie vor ist der Umgang mit Tieren in zahlreichen EU-Mitgliedsstaaten, vor allem in den süd- und osteuropäischen Ländern, grausam und unverträglich. Massentötungen, Tierquälerei (wie an Streunern in Rumänien) und katastrophale Zustände bei der Nutztierhaltung stehen in vielen EU-Mitgliedsstaaten auch 2016 immer noch an der Tagesordnung. Bei den Tiertransporten fehlen weiterhin strenge Reglementierungen, auch der illegale Import, vor allem von Hundewelpen aus den Oststaaten, aber z.B. auch von bei uns verbotener Gänsestopfleber, ist durch die offenen Grenzen außer Kontrolle geraten. Billigeier aus – inzwischen in der EU zwar verbotenen, aber immer noch im großen Stil verwendeten - Batteriehaltungen in Südostasien werden von den Lebensmittel-Großkonzernen in den europäischen Raum importiert und hier vor allem zur Herstellung von Fertigprodukten (Nudeln, Backwaren, etc.) verwendet.

Das EU-weite Geschäft mit dem Fleisch: Die EU ist – gemeinsam mit den USA – durch die von ihr massiv geförderte Agrar- und Tierausbeutungsindustrie Hauptverursacher schrecklichen Tierleids, verantwortlich für massiven Einsatz von Pharmazeutika und damit verbundenen Antibiotika-Resistenzen, großflächige Umweltschäden, Seuchen und regelmäßige Fleischskandale – die Fakten rund um die industrielle Massentierhaltung in der EU liegen auf dem Tisch. Die Fleisch-Produzenten fetten ihre Gewinne mittels großzügiger staatlicher Subventionen auf, Kosten für verursachte Umweltschäden werden allerdings auf die Steuerzahler abgewälzt. Das Wachstumswunder Fleischindustrie ist überhaupt nur möglich, weil Fleisch von der EU-Politik mit Förderungen künstlich verbilligt wird. Statt im Interesse der Allgemeinheit Qualität zu fördern, werden in erster Linie Massenproduktion und somit Billigst-„Lebensmittel“ unterstützt. So flossen allein im Jahr 2014 in der EU 60 Milliarden Euro (!) an Subventionen in die Landwirtschaft bzw. Agrarindustrie, das waren über 40 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Dazu zählten etwa auch milliardenschwere EU-Beihilfen in Form von sogenannten Flächenzahlungen und für die Bereitstellung von Verkehrsinfrastruktur, sowie Förderungen für den Futtermittelhandel. Die EU fördert Investitionen in noch größere Ställe mit bis zu 50 Prozent, während Bauern mit wenig Vieh leer ausgehen, und immer mehr der sog. „Kleinbauern“ endgültig zusperren müssen. Die Initiatoren des EU-Austritts-VB fordern daher eine eigenständige, umwelt- und tierschutzgerechte Agrarpolitik ohne Gentechnik, Massentierhaltung, tagelanger internationaler Tiertransporte und Megatonnen importierter Futtermittel aus Drittweltländern, wo auch kleine und mittlere Betriebe mit Bezug zu ihren Tieren wieder eine Chance zum Überleben haben.



Aktuelle Beispiele zu „EU und Tierschutz“:

* **Mega-Schlachthöfe mit EU-Steuergeldern:** 430.000 Hühner werden täglich (wöchentlich 2,5 Mio. und jährlich 135 Mio.!) im niedersächsischen Wietze geschlachtet! Europas größter Schlachthof für Geflügel wurde mit 6,5 Millionen Euro aus Steuergeldern subventioniert! Das ist nur ein weiteres Beispiel für die Art von subventionierter Agrarindustrie und Massen-Tötungsmaschinerie, die nicht nur menschen- und tierverachtend ist, sondern faire, ökologische und regionale Lebensmittelerzeugung systematisch zerstört!

* **August 2015: Wieder über 430 Grindwale auf den Färöer-Inseln geschlachtet:**

Alljährlich finden auf den zu Dänemark (und damit zur EU!) gehörenden Färöer-Inseln regelmäßig gnadenlose Hetzjagden auf Grindwale statt. Herden und Familienverbände dieser zu den Delphinen zählenden Meeressäuger werden mit schnellen Motorbooten in enge, flache Buchten getrieben und dort barbarisch abgeschlachtet. Heute ist diese Jagd zu einem alljährlichen Mordritual mit Volksfestcharakter geworden, bei dem die Meeressäuger bei vollem Bewußtsein langsam und qualvoll verbluten. Selbst neugeborene Kälber und ihre Mütter werden gnadenlos getötet. Seit Anfang 2010 sind mehr als 3.000 Pilotwale getötet worden – und die EU schaut zu...

* **August 2015: EU-Staaten subventionieren im Ausland Hühnerkäfige, die hier verboten sind:**

Käfiganlagen zur Haltung von Legehennen, die hierzulande verboten sind, werden in die östlichen Nachbarländer der EU exportiert. Die Staaten versichern diese Exporte mit öffentlichen Mitteln in Millionenhöhe. Die Billigeier aus diesen Anlagen landen dann auch auf den Märkten der EU-Mitgliedstaaten und setzen heimische Landwirte unter enormen Druck. Denn die Haltung von Legehennen in Käfigen bedeutet lebenslanges Tierleid. Folgerichtig entschied die EU im Jahr 1999, daß nicht ausgestaltete Käfige in der Union seit 2003 nicht mehr errichtet und seit 2012 nicht mehr verwendet werden dürfen. Die großen Stallbau-Unternehmen in Deutschland, Italien u.a. entschieden sich daher, die EU-weit nun verbotenen Anlagen in andere Staaten zu exportieren. Und dabei werden sie von „unseren“ Regierungen tatkräftig mit Exportkreditgarantien unterstützt. Somit übernehmen wir Steuerzahler das Ausfallrisiko! Die Türkei, Rußland oder die Ukraine exportieren dann diese von uns subventionierten Eiprodukte als Billigkonkurrenz in Form von Backwaren, Nudeln und Saucen, wo Herkunft und Haltungsform nicht deklariert werden müssen, wieder in die EU...

Beispiel Avangard: der größte Eierproduzent Eurasiens ist der skrupellose Investor und Jung-Milliardär (40 Jahre) Oleg Bachmatjuk, ein ukrainischer Oligarch, allerdings mit steuerschonendem Firmensitz im EU-Land Zypern. Er konnte mit Unterstützung durch deutsche und italienische Exportkreditgarantien in den vergangenen Jahren Käfiganlagen für 10 Mio. Legehennen (mehr als der gesamte Legehennenbestand Österreichs) errichten - zu allem Überdruß teilweise mit Geld von der berühmt-berüchtigten Hypo Alpe Adria! Seit 2014 exportiert die Firma Eiprodukte auch in die EU.

* **EU-Abkommen macht Import von Käfigeiern aus der Ukraine möglich!** Möglich ist so etwas, weil seit Februar 2015 ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine den Import von Käfigeiern in die EU wieder zuläßt! Während hierzulande die Produktion von Käfigeiern endlich abgeschafft wurde, kommen nun diese Eier aus der Ukraine auf die heimischen Märkte und setzen hier die Preise weiter unter Druck. Diese verarbeiteten Eier sind zudem nicht kennzeichnungspflichtig! Dieser Konsumenten-Betrug wird durch das in der EU geltende „Herkunftslandprinzip“ ermöglicht, welches hiermit sogar per Sonder-Abkommen auf ein Nicht-EU-Land ausgeweitet wurde. Wenn im EU-Raum Legebatterien verboten sind, warum läßt man dann immer noch zu, daß Eier, die aus dieser brutalen Haltungsmethode stammen, bei Flüssigei und Eipulver problemlos importiert werden können?

* **Mai 2015:** Die Schweineindustrie ist drauf und dran, in der ganzen EU die nicht artgerechten **Vollspaltenböden bei Schweinen** durchzusetzen! Derzeit wird in der EU ein Dokument verhandelt, das die "besten verfügbaren Techniken" für die intensive Schweineindustrie definieren soll. Darin werden Vollspaltenböden für Schweine als "beste verfügbare Technik" bezeichnet, obwohl es - bekannt durch Hunderte Verhaltensstudien - das denkbar schlechteste System für die Tiere ist. Die Schweine-Industrie ist im Begriff, Erfolg zu haben und im Einklang mit diesem Dokument die Vollspaltenböden durchzusetzen. Schweine sind neugierige und intelligente Tiere, die ihre Rüssel zum Erforschen und Wühlen verwenden. Diese Entscheidung würde dazu führen, daß Europas Schweine in einer komplett reizarmen Umgebung leben müssen, ohne auch nur einer einzigen Möglichkeit, sich die Zeit zu vertreiben. Es ist nicht zu akzeptieren, daß die EU-Behörden bereit sind, Tierschutzgesetze und die Umwelt zu opfern für ein Produktionssystem, von dem nur die ausbeuterische Schweinehaltungsindustrie profitieren würde.

* **1.4.2015: Aufhebung der Milchquote - Existenzbedrohung für kleinere Milchbetriebe!** Die Milchindustrie will Milch als billigen Rohstoff für maximalen Profit – auf Kosten von Klein- und Mittelbetrieben, Umwelt- und natürlich Tierschutz. In Österreich sollte Milch dort produziert werden, wo es auch sinnvoll ist - in Bergregionen oder auf Dauergrasland in Grünlandregionen, aber keinesfalls in Betonhallen in Hafennähe mit importiertem Sojafutter aus Lateinamerika und den USA. Das Aus für die Milchquote seit 1. April brachte einen weiteren Turbo für die industrielle, tierquälereische und umweltschädigende Milcherzeugung in der EU. Die Intensivierung und extreme Rationalisierung der Produktion geht wie immer auf Kosten der Schwächsten - der Tiere und ihrer Gesundheit, der kleinen und mittleren Landwirte, der Biodiversität, des Klimas und letztlich der Produktqualität. Im Mai 2015 sprach sich die EU-Kommission dann auch noch gegen eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Milch aus, statt dessen solle man es bei „freiwilligen Herkunftangaben“ belassen.

* **Derzeitiges Massaker an bis zu 2,5 Mio. Streunerhunden in Rumänien:** Am 25.9.2013 hat das rumänische Verfassungsgericht ein „Euthanasiegesetz“ bestätigt und damit den kaltblütigen Mord an bis zu 2,5 Mio. Straßenhunden in Rumänien beschlossen. Somit hat es entschieden, daß dieses Gesetz der Massentötungen verfassungskonform ist! Hunde werden nach wie vor zu Tausenden getötet, obwohl das Apellationsgericht Rumäniens, das Curtii Apell, im Juni 2014 die Tötung von Straßenhunden für rechtswidrig erklärt hat! Das Kollegium der Tierärzte hat zudem in das Gesetz die Vorgabe eingebracht, daß die Tötung nicht mehr allein durch die in der EU akzeptierte Einschläferung (Vollnarkose und danach Todesspritze) durchgeführt wird, sondern sich den „Richtlinien der rumänischen Tierärztekammer“ zu folgen hat. Das bedeutet: Die Hunde dürfen mit CO₂, Kaliumchlorid, Stickstoff, „Frostschutzmittel“, Stromschlägen oder Bolzenschüssen „euthanasiert“ werden, das sind alles grausame – aber kostengünstigere - Tötungsmethoden, die dem Begriff der Euthanasie klar zuwiderlaufen! Hintergrund des Massenmordes an Hunden ist ein höchst kriminelles und lukratives Geschäft mit dem Mord an Straßenhunden, mit dem „dog hunter“, Kommunen und Bürgermeister in Rumänien Millionen Euros machen. Bis zu € 250 pro Hund sollen von Kommunen an sog. „Tierheime“ (in Wahrheit halbstaatliche Tötungsstationen) für Einfangen und Unterbringung gezahlt werden. Auf der anderen Seite erhalten genau diese Kommunen hohe EU-Subventionen, die mit unseren Steuergeldern finanziert werden. Und mit den dann freien Mitteln werden die Hundemorde finanziert. Millionenfache Proteste und Petitionen aus ganz Europa an die EU-Kommission, an das EU-Parlament, an Martin Schulz sowie Jean-Claude Juncker wurden ignoriert!

* **Stierkämpfe:** Dieses Relikt barbarischer Tierquälerei und Folter aus Gründen der „Tradition“ ist in Spanien noch besonders stark verwurzelt! Bis zu 40.000 Stiere werden allein dort jährlich zur Volksbelustigung dahingemetzelt. Nachdem diese Barbarei 2012 in Katalonien verboten wurde, wollte Rest-Spanien diese als „Kulturgut“ schützen lassen und diesen blutigen „Sport“ sogar zum Kulturerbe erklären lassen! Im November 2013 hat das spanische Parlament die blutigen Stierkämpfe zu einem „immateriellen Kulturgut“ erklärt! Stierkampf ist aber keineswegs Kulturerbe, sondern staatlich und EU-subsidierte öffentliche Folter! Trotz der derzeitigen größten wirtschaftlichen Krise seit dem 2. Weltkrieg in Spanien subventioniert dieses Land Arenen, Stierkampfschulen, Zucht, Gratiskarten für Politiker, Werbung in den Medien, etc. – mit Geld der Steuerzahler und letztlich aller EU-Bürger! Jedes Jahr fließen so rund 130 Millionen Euro von der EU an spanische Kampfstierzüchter.

* **TTIP, CETA und TiSA:** Die dzt. geheim verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der USA, Kanada und der EU würden weiterer Tierquälerei Tür und Tor öffnen. Noch mehr Freihandel würde Tiere noch rechtloser machen und noch längeren Transporten aussetzen, was auch umweltpolitisch - in Zeiten des Klimawandels – ein nicht hinnehmbarer Wahnsinn wäre. Zudem würden die in der EU ohnehin nicht allzu strengen Tierschutz-Standards – v.a. in der „Nutztier“-Haltung – weiter reduziert und auf „amerikanische Verhältnisse“ herabgesenkt werden: Monster-Legebatteriebetriebe ab 1 Mio. Tieren, Einzelboxen der Kälber oder durchgehende Kastenstandhaltung bei Muttersauen. Außerdem würden uns dann chemische Zusätze und Verfahren in der Lebensmittelproduktion – u.a. die hierzulande in der Landwirtschaft noch verbotene **Gentechnik** – „beglücken“, ohne Chance dagegen zu klagen! Noch extremere Massentierhaltungen und Tierfabriken wären die „Gewinner“ und das Bauernsterben würde noch mehr verstärkt. Falls TTIP nicht noch verhindert wird, würde mindestens ein weiteres Drittel der Arbeitsplätze in der seit dem EU-Anschluß 1995 schon stark unter Druck stehenden österr. Landwirtschaft verloren gehen (seit dem EU-Anschluß Österreichs 1995 ist bereits ein Drittel der Landwirte – ca. 75.000 – „wegrationalisiert“ worden!).

* **Wachstums-Hormone und Antibiotika** sind in Amerika erlaubt, um eine noch höhere Milchproduktion oder noch schnelleres Wachstum bei den ohnehin schon extrem ausgebeuteten „Nutztieren“ zu erzwingen. Auch das berühmt gewordene „**Chlorhuhn**“ ist nicht akzeptabel, kaschiert es doch durch Abtötung von Keimen nach der Schlachtung noch engere, brutalere und unhygienischere Haltungsbedingungen während der Mastzeit. Die Lobbys der Fleisch-Industrie wollen das alles „dank“ TTIP & CETA auch für den EU-Markt erreichen. Ähnliches gilt für **Klonfleisch**: Dieses ist in den USA schon jetzt ohne Kennzeichnung in den Regalen, die EU-Kommission möchte dasselbe zumindest für die Nachkommen von Klontieren durchsetzen!

Ein geheimes internes Papier der EU-Kommission zu TTIP bestätigt, daß die USA zukünftig ein Mitspracherecht bei europäischen Gesetzesvorhaben erhalten sollen! Ziel dabei ist ein "Frühwarn-System" für neue Gesetze, die den Handel zwischen den beiden Wirtschaftsräumen behindern könnten. Die sogenannte „regulatorische Kooperation“ würde die Hürden für neue Gesetze zum Schutz von Umwelt, Tierschutz und Gesundheit erhöhen. In Europa stünden dann zum Beispiel geplante Verbote für hormonell wirksame Chemikalien, die Kennzeichnungspflicht für Produkte aus Genfütterung, aber natürlich auch jegliche (zukünftige) Verbesserungen bei der „Nutztier“-Haltung auf dem Spiel. Außerdem wird das ebenfalls geheim verhandelte **Dienstleistungs-Abkommen „TiSA“** die Privatisierung unserer Wasserversorgung und unseres Gesundheitssystems vorantreiben sowie die Weitergabe europäischer Bankdaten an die USA und undemokratische Schiedsgerichte ermöglichen - Großkonzerne wie Nestlé oder Monsanto (s.u.) hätten somit noch leichteren Zugriff! Diese Abkommen greifen in die Handlungsspielräume unserer demokratisch gewählten Parlamente ein und gefährden jeden weiteren Fortschritt beim Umwelt-, Tier- und Konsumentenschutz.

* **EU-Kommission will „Säurebad“ für Geflügelfleisch durchsetzen**: Der Weg zum „Chlorhuhn“ ist auch ohne TTIP nicht mehr weit: Am 10. März 2015 hat die EU-Kommission ein Stakeholder-Treffen zum Thema "antibakterielle Behandlung von Geflügelfleisch" einberufen. Zweck: Die Behandlung von Geflügelfleisch mit Peroxy-Essigsäure soll auch in der EU zugelassen werden. Im Lichte der Debatte um das "**Chlorhuhn**" ist das ein weiterer Schritt, den Forderungen der Agrarindustrie entgegen zu kommen. Bereits 2013 wurde auf Druck der US-Rinder-Industrie die Behandlung von Rindfleisch mit Milchsäure zugelassen. Die USA hatten damals die EU auf Basis der WTO-Verträge geklagt, weil die EU durch ihr Importverbot für behandeltes Rindfleisch unnötige Handelsbarrieren aufstellen würde. Trotz der Beteuerungen der EU-Kommission, mit TTIP werde es kein Absenken der Lebensmittel- und Landwirtschaftsstandards geben, versuchen sie jetzt schon, genau das durchzusetzen. Die Desinfektion von Fleisch mit verschiedenen Säure-Bädern verschleiert nur die schlechte landwirtschaftliche Praxis, die hinter der Produktion von Billigfleisch steht. Mit der Zulassung von Peroxy-Essigsäure für die Geflügelbehandlung kommt sie den Forderungen der US-Geflügelindustrie nach und zeigt einmal mehr vorausseilenden Gehorsam im Lichte von TTIP. Grund für die Behandlung mit Chlor, Peroxy-Essigsäure oder Milchsäure ist die Desinfektion des Fleisches. Durch diese Art der Behandlung kann die Zahl der resistenten Keime steigen, die Behandlung wird also unwirksam. Gerade in der intensiven Fleischproduktion werden große Mengen an Antibiotika eingesetzt, weil die Tiere durch die schlechten Haltungsbedingungen leichter krank werden. In den USA sind Antibiotika zudem als Masthelfer zugelassen. Durch den hohen Einsatz von Antibiotika werden die Bakterien resistent. Sie werden auch auf Menschen übertragen und können so schwere Krankheiten verursachen.

* **Monsanto greift nach der Macht**: TTIP würde aber noch weitere Hintertüren für multinationale Großkonzerne öffnen. Heute sind 90% der angebauten gentechnisch veränderten Organismen, u.a. Soja, Raps, Mais und Baumwolle, Patente des US-Multis Monsanto! Genverändertes Mais- und Sojafutter führen aber bei Rindern zu schweren Verdauungsstörungen oder Fortpflanzungsproblemen. Gengefütterte Ratten wiesen 3x so hohe Todesrate wie normal gefütterte, 80% von ihnen entwickelten Krebstumore. „*Diese explosive Studie wurde von der EFSA (Europ. Behörde für Lebensmittel-„Sicherheit“) bewußt unterdrückt*“, so der Monsanto-Kritiker William Engdahl. „*Wie sich herausstellte, unterhielten die meisten Wissenschaftler des EFSA-Gremiums Verbindungen zu Monsanto. Der Konzern versucht auf diesem Weg der Korruption, sich den Weg freizumachen...*“. Da die EFSA Gen-Soja für unbedenklich hält, kann das Monsanto-Soja „Intacta“ somit in Lebensmitteln und Futtermitteln in die EU eingeführt werden. Die Prüfrichtlinien sind mehr als fragwürdig, jedoch wenn GVO-Sorten in der EU zugelassen sind, gibt es als EU-Mitglied keine rechtliche Möglichkeit, ein nationales Importverbot zu verhängen! Dies wäre nur außerhalb der EU möglich!

* **Landgrabbing:** Der Agrar-Gigant KTG bekommt frisches Kapital von einem chinesischen Investor und er droht, daß er noch mehr Ackerflächen in Ostdeutschland aufkauft oder pachtet - kleine Bauern werden verdrängt, verlieren ihre Existenz. Und der Griff nach unseren Böden wird auch noch von der EU vergoldet: KTG kassiert jährlich rund 11 Millionen Euro EU-Agrarsubventionen! Der größte Teil dieser Subventionen wird pro Hektar gezahlt: Je mehr Land sich Konzerne wie KTG also unter den Nagel reißen, desto mehr Geld schenkt ihnen die EU noch dazu - finanziert aus unseren Steuergeldern!

Weitere Beispiele des EU-Regulierungswahns zulasten von Umwelt und Tieren:

- **Thema - Tiertransporte:** Die Milliardensubventionen, welche die unnötigen, qualvollen Tiertransporte quer durch Europa bis nach Afrika erst ermöglichen (nach der Abschaffung der Subventionen für „Schlachttiere“ werden oftmals viele Tiere als „Zuchttiere“ deklariert). Selbst mehr als 1,1 Mio. Unterschriften (die sog. „8 hours-Kampagne“) im Juni 2012 ließen die EU-Kommission kalt: diese war zwar im EU-Parlament erfolgreich, aber der 2012 wegen Korruption zurückgetretene Kommissar John Dalli hielt sein vor laufenden Kameras abgegebenes Versprechen, die Tiertransport-Richtlinie entsprechend zu ändern, in keinsten Weise ein, und auch der neue Kommissar, der Litauer Vytenis Andriukaitis, denkt nicht daran, es umzusetzen.
- Im März 2015 deckte die britische NGO „CIWF“ den Handel mit Rindern auf, welche lebend von der EU in den kriegsgebeutelten Gazastreifen transportiert werden, um dort geschlachtet zu werden! Tiere wurden tausende Meilen an Land und auf See von Rumänien und Ungarn via Israel zu den Schlachthäusern in Gaza gekarrt, in denen es keinerlei Möglichkeit gibt, die Tiere ohne immenses Leiden zu schlachten. Laut Zahlenmaterial von israelischen Behörden wurden während des jüngsten Ausbruchs des Gazakrieges 2014 - 27.000 (!) europäische Nutztiere in die besetzten Gebiete geschafft. Wenn die Tiere einmal lebend die EU-Außengrenzen überschritten haben, kann ihnen alles widerfahren - keine Regierung weiß wirklich, wohin sie transportiert, wie sie behandelt und wie sie geschlachtet werden: haben sie erst einmal die EU verlassen, wollen die Regierungen nichts mehr mit ihnen zu tun haben.
- **Ungebremster Transit:** Während vor dem EU-Beitritt der Transit von Klautentieren auf Österreichs Straßen (Seuchengefahr) generell verboten war und die Grenzen durchgehend mit Grenztierärzten versehen waren, rollen seit dem 1.1.1995 sämtliche internationalen Lebendtiertransporter ungehindert und meist unkontrolliert durch unser Land. Folgen u.a.: die tlw. rasante Ausbreitung der Seuchen MKS, aber auch von Schweinepest und Vogelgrippe.
- Das seinerzeit vorbildliche **österr. Tiertransportgesetz-Straße** (Schlachttiere nur bis zum nächstgelegenen geeigneten inländischen Schlachtbetrieb) wurde bereits im Mai 1999 per EUGH-Entscheid de facto aufgehoben: unser gutes Tiertransport-Gesetz widersprach dem obersten EU-Prinzip des freien „Waren“-Verkehrs und wurde vom – v.a. der Wirtschaft und der Profitmaximierung verpflichteten - EUGH „overruled“.
- Die Folgen: **Ungehinderte Tiertransporte quer durch Europa**, von Ungarn nach Spanien, von Polen oder Weißrußland nach Süditalien oder sogar von Estland nach Österreich. Auch **Importe von lebenden Schlachttieren** (v.a. Schweine aus Holland, Belgien, Deutschland), um dann als „österreichisches Qualitätsfleisch“ in unseren Supermarktregalen zu landen, wenn die „Wertschöpfung“ (gemeint ist Schlachtung und Zerlegung) nur zu mehr als 50% in Österreich erfolgt ist. Vor dem EU-Beitritt wurden praktisch keine lebenden Schweine importiert, jetzt sind es rund 700.000/Jahr!
- **Die Aufhebung der Bestandsobergrenzen für Massentierhaltungen in Österreich gleichzeitig mit dem EU-Beitritt (1.1.1995).**
- **Fallen von Umwelt- und Tierschutzstandards:** Unsere Gesetzgebung wird bereits zu ca. 80% von Brüssel diktiert, sodaß wir zusehen müssen, wie sinnvolle Gesetze wie z.B. das **UVP-Gesetz** (2000) so verwässert werden, daß jetzt neue Massentierhaltungsbetriebe noch wesentlich leichter ohne UVP und ohne Anrainer/Bürgerinitiativen-Beteiligung durchgehen.
- **Thema Schlachthöfe:** Die EU lehnt auch die von Zigttausenden Tierschützern geforderte verpflichtende Videoüberwachung in den Schlachthäusern der Mitgliedsländer ab; dies obwohl beweiskräftig immer wieder dokumentiert wird, daß Millionen von Schlachttieren halb- oder gar nicht betäubt bei vollem Bewußtsein aufgeschlitzt und/oder lebendig abgebrüht einen unbeschreiblich grausamen Tod sterben.

- **Thema Schächten:** Weil der Schutz der Religion, nicht aber der Schutz der Tiere vor Qualzufügungen explizit in der Verfassung festgeschrieben ist, haben die EU und die meisten europäischen Länder das Schächten aus "religiösen Gründen" - teilweise unter bestimmten Auflagen - wieder erlaubt. Anstatt alle empfindungsfähigen Lebewesen vor archaischen Geboten oder Bräuchen zu schützen, wurden die Schlachtverordnungen den Ansichten religiöser Fundamentalisten angepaßt. Obwohl dadurch das ethische Empfinden und Mitgefühl des Großteils der Bevölkerung mißachtet wird, wurde in den meisten EU-Staaten dennoch das langsame zu Tode-Quälen durch diese Sondergesetzgebung gestattet. Ausnahmen sind lediglich Schweden und Dänemark sowie die Nicht-EU-Staaten Schweiz, Norwegen und Island.
- **Ungehinderter Import von Tierqual-Produkten:** Produkte, deren Herstellung in Österreich dank des jahrelangen Protests von Tierschützern verboten wurden (wie z.B. die Haltung von Pelztieren, Stopfgänseleber oder Lebendrupf-Daunen und seit 2009 die Käfigeier), können durch den unbegrenzten „freien Warenverkehr“ in der EU ungehindert importiert werden.
- **Deckprämie für Noriker-„Schlachtfohlen“-Zucht:** sie werden als „aussterbende Nutztier rasse“ pro Fohlen mit 160,- € von der EU direkt gefördert, wobei aber bis zu 90% der Hengstfohlen beim Schlachter, v.a. in Italien, landen! Dazu kommen Almförderungen, Zuchtverbandsprämien, etc.
- Dem **Subventionsbetrug** ist Tür und Tor geöffnet, wie jährlich verschwundene Milliarden-Summen bestätigen: In Italien wurden z.B. einohrige (lebende) Rinder gesichtet, um 2x die begehrte Schlachtprämie kassieren zu können. Tiere werden in ein Land exportiert, Subventionen kassiert und wieder importiert – das Spiel kann sich wiederholen. 2012 wurden gar 4,8% des EU-Haushalts rechtwidrig verwendet, das waren ca. 6,6 Milliarden EURO!
- **Zig Millionen von neuen Tierversuchen** verordnete die EU-Kommission, um sog. „Alt-Chemikalien“, die tlw. bereits seit Jahrzehnten im Handel sind, an Labortieren in grausamen Toxizitätstests „neu zu bewerten“. Die EU-Chemikalien-Verordnung REACH sieht nämlich vor, daß Tausende Chemikalien auf ihre Giftigkeit überprüft werden sollen. Schätzungen gehen von bis zu 54 Millionen Tieren aus, die in den nächsten Jahren für REACH leiden und sterben sollen.
- **Zahnlose EU-Tierversuchs-Richtlinie:** Auch bei der am 9.11.2010 in Kraft getretenen neuen Tierversuchs-Richtlinie 2010/63, hat sich die Kommission zugunsten der Interessen der tierversuchenden „Wissenschaft“ durchgesetzt; so bringt diese immer noch keine Wende in Richtung tierversuchsfreier Verfahren. Diese Richtlinie erlaubt auch keine strengeren nationalen Bestimmungen. Nicht einmal Versuche an Affen – sogar Menschenaffen – wurden verboten.
- Die Europäische **Bürgerinitiative "Stop Vivisection"** hat mehr als 1.170.000 Unterschriften gesammelt mit dem Ziel, eine neue gesetzliche Basis für einen definitiven Ausstieg aus den grausamen und sinnlosen Tierversuchen zu schaffen und statt dessen genauere, verlässlichere und menschenbezogenere Methoden zu etablieren! Bis jetzt wird aber in der EU-Kommission noch nicht einmal daran gedacht, einen dementsprechenden Rechtsvorschlag auszuarbeiten, Zugeständnisse an die schier allmächtige, milliardenschwere Pharmedien sind da allemal wichtiger als ethische oder gar tierrechtliche Bedenken...
- Das Europäische **Patentübereinkommen** besagt ursprünglich in seinem Artikel 53b, daß Pflanzensorten und Tierrassen nicht patentiert werden dürfen. Dies war immer noch ein Stolperstein für gentechnologische Erfindungen im Bereich der belebten Umwelt. Seit 1.9.1999 ist es auf Grund der neuen EU-Patentrichtlinie aber nun möglich, genmanipulierte Tiere und Pflanzen patentieren zu lassen! Folge: Flut von Tierversuchen an genmanipulierten Tieren.
- **Singvogelfang in Österreich:** Aber auch da, wo die EU Druck auf Österreich ausüben könnte, um „Bräuche“, wie z.B. das brutale Einfangen von Zugvögeln im OÖ Salzkammergut, zu verbieten, mißt sie mit zweierlei Maß: Während es hierbei zwar zu einer (wirkungslos gebliebenen) Rüge der EU an Österreich gekommen ist, sieht sie bei unvergleichlich größeren Tiermorden, wie dem grausamen Fang und Abschub von jährlich Millionen Singvögeln im (großen) Italien, tatenlos zu.

Schlußfolgerung: Österreich braucht - v.a. auch in Tier-, Umwelt- und Konsumentenschutz-Gesetzgebung - wieder Eigenständigkeit und Selbstbestimmung, ohne Bevormundung von Brüssel, zulasten unserer Zukunft, der Natur, der Lebensgrundlagen, der Nahrung und der Tiere! Was wir hingegen brauchen für die Zukunft unseres Landes ist eine echte, vom Bürger ausgehende, direkte Demokratie, gemessen am Beispiel Schweiz!